

Beschluß

Gegen den Zuhörer KAMMLOTT Martin Herbert
geb. 27.12.1952 in Frankfurt / Oder

Wird wegen großer Ungebühr Ordnungshaft
i.H.v. 4 Tagen angeordnet.

Die Ordnungshaft ist sofort zu vollstrecken.

Gründe

Zunächst wird auf anhängendes Vermerk verwiesen.

Der Zuhörer KAMMLOTT Martin Herbert

hat während des Gericht und die Verfahrensteilnehmer
den Sitzungssaal verlassen hat die hochstrangige
Sitzungsvertreterin des SA in der in dem anhängenden
Vermerk beschriebenen Art und Weise angegangen.

Das stellt eine nicht hinnehmbare große Ungebühr da.
Nach § 176 GVG obliegt die Sitzungspolizei dem
Vorsitzenden. Räumlich erstreckt sich diese auf den
Bereich unmittelbar vor dem Sitzungssaal

Zuletzt erstreckt sich diese bis das Gericht den
Saal verlässt (vgl. Lückemann in: Zöller
ZPO, 32. Aufl.).

Damit unterliegt der beanstandete Sachverhalt der
Sitzungspolizei des Vorsitzenden.

Der Zuhörer wurde angehört.

An der Sachlage steht fest, dass keine Zweifel.

Eine damit gravierende Entgleisung gegen einen
Justizangehörigen war daher mit Ordnungsgelt im
mittleren Bereich zu ahnden.



HOFFMANN U. R. 14. 5. 17. 2018



Oberlandesgericht München, 80335 München

3038

Sachbearbeiter
Herr Wagner

Telefon
089 5597-5360

E-Mail
Daniel.Wagner@olg-m.bayern.de

Datum
04.07.2018

IN LOSEN TACKE 2. K
W FAX

04.07.2018

Sachverhalt:

Beschuldigter: KAMMLOTT Martin Herbert,
geboren am 27.02.1952 in Frankfurt/Oder,
wohnhaft: Neu Wulmstorf,
Staatsangehörigkeit: deutsch,

Nach Sitzungsende der Hauptverhandlung vom 04.07.18 gegen den Angeklagten Alfred Schaefer
Az. 3 Kls 12 Js 22685/16 äußerte der Zuhörer KAMMLOTT Martin Herbert bei der Kontrollstelle vor
dem Sitzungssaal B275 gegenüber der Staatsanwältin seinen Unmut mit den Worten: "Ihnen wünsche
ich auch mal den Knast, dass sie den auch mal von innen sehen und wenn sie draußen sind, sollen sie
tot umfallen."

Zeugen: Justizoberwachtmeister. Josef Brys

Fax
089 - 5597/4895
15199
13561

Sitzungssaal zu
verlassen

Jbw Wagner

Daniel Wagner
Justizhauptwachtmeister

Hausanschrift
Strafjustizzentrum München
Nymphenburgerstr. 16
80335 München

Telefon und Telefax
089 5597-5360
089 5597-5263 Telefax

9 **B. Ordnungshaft:** Das Höchstmaß beträgt 1 Woche. Wegen der Einzelheiten vgl. Art 6 ff EGSGB. Die Ordnungshaft darf die Sitzungsdauer übersteigen, das Höchstmaß von 1 Woche darf aber nicht überschritten werden.

10 **6) Vorbehaltlich der strafgerichtlichen Verfolgung:** Ob eine Abhandlung nach § 178 eine disziplinare Maßnahme unzulässig macht, erscheint zweifelhaft (Eiml 178), dürfte aber für den Regelfall zutreffen. Die Unterlassung eines Ordnungsmittels stellt jedenfalls einer disziplinarischen Maßnahme nicht entgegen. Gegen wegen der Ungebühr in der Sitzung noch eine Hausstrafe angeordnet werden (LR-Wickern 29); das Gleiche gilt bei einem Strafgefängnis.

11 Bei einer **Widersetzlichkeit, die Straftat ist**, kann der Störer festgehalten und nach Ermittlung seiner Person vorgeführt werden, damit der Vorfall in das Protokoll aufgenommen (§ 183) und dem Störer das rechtliche Gehör gewährt werden kann. Über die vorläufige Festnahme zum Zweck der Strafverfolgung vgl. 2 zu § 183.

12 **7) Festsetzungszuständigkeit** (II; wie § 177 S. 2): Entscheidet der Vorsitzende anstatt des Gerichts oder umgekehrt, so ist die Anordnung nicht unwirksam (1 zu § 224; 11 zu § 177; Eiml 104 ff), jedoch anfechtbar (Dresden NSZ 10, 472). Das steht seiner Entscheidungsbefugnis nicht entgegen (Kissel NJW 07, 1109 in Krit Auseinandersetzung mit EGMIR NJW 06, 2901).

13 **8) Festsetzungsverfahren:** Weder die StA noch andere Verfahrensbeteiligte haben ein förmliches Recht, die Festsetzung einer Maßnahme nach § 178 zu beantragen. Über die Verpflichtung der StA vgl. aber RStBV 128 I. Das rechtliche Gehör muss der betroffenen Person – wenn auch nicht durch ausdrückliche Auforderung zur Äußerung (Eiml 28, 29, 31) – vor der Anordnung der Maßnahme gewährt werden (Bamberg StraFo 13, 292; Hamm NSZ-RR 09, 93; Köln NJW 08, 2865; Röll NJW 64, 275; Tilmann MDR 60, 197; Woerner NJW 59, 866). Richtet sich das Festsetzungsverfahren gegen den Beschuldigten, so wird mit diesem der Verteidiger gehört; richtet es sich gegen eine sonst am Verfahren beteiligte Person, die im Bestand eines RA erschienen ist, so wird dieser mit angehört.

14 **Das Absehen von der vorherigen Anhörung** der betroffenen Person ist gerechtfertigt, wenn die Ungebühr und der Ungehörwille völlig außer Frage stehen und die Anhörung nur zu weiteren Ausfällen Gelegenheit gäbe (Brandenburg wistra 14, 79; Celle NSZ 12, 592; Düsseldorf NSZ 88, 238; VRS 80, 29), etwa bei Rohheitserschreitungen oder groben unflätigen Beleidigungen (Hamm MDR 78, 780); uU kann nachträgliche Anhörung genügen (Stuttgart NSZ Nr 9). Ein im Sitzungssaal angebrachter Hinweis auf die Verhängung von Ordnungsgeld bei einem bestimmten Verhalten (Nichtausschalten des Hands) entbindet aber nicht von der Anhörungspflicht (Brandenburg NZV 04, 189).

15 Die **Anhörung des Sitzungsvertreters der StA** ist zu empfehlen, ihre Unterlassung aber keine Verletzung des § 33 I, weil es sich um den sitzungspolizeilichen Bereich handelt. Der Beschluss des Gerichts kann bei genügender Vorbesprechung nach Verständigung im Sitzungssaal ergehen (5 zu § 176; 3 zu § 193).

6 **9) Erlass des Beschlusses:** Der Anordnungsbeschluss des Vorsitzenden oder des Gerichts muss noch während der Sitzung erlassen (Hamburg NJW 99, 2607 mwN; Nürnberg NSZ-RR 06, 308), bei mehrfacher Verhandlung uU erst am folgenden Verhandlungstag (Schleswig MDR 80, 76), begründet (Hamm NSZ-RR 09, 183) und nach § 35 StPO bekanntgemacht werden (Koblenz GA 89, 175). Damit wird die Rechtsmittelbelehrung verbunden (§ 181 IVm § 35a StPO). Zur Protokollerhebung vgl. § 182.

10 **10) Vollstreckung:** § 179, § 36 II S. 2 StPO. Vgl. auch 5, 6 zu Art 6 EGSGB. Jedenfalls bei an der Verhandlung nicht beteiligten Personen veranlasst der Vorsitzende idR alsbald die sofortige Vollstreckung (§ 179); die sofortige Beschwerde hat

14 Titel Öffentlichkeit und Sitzungspolizei

§§ 179–181 GVG

keine aufschiebende Wirkung (§ 181 II). Zulässig sind auch erkennungsdienstliche Maßnahmen (§ 81b StPO), wenn die Personellen eines in Ordnungshaft genommenen Zeugen anders nicht festgestellt werden können (Koblenz OLGst § 181 Nr 1). Das in allen Haftstrafen zu beachtende Beschleunigungsgebot (1 zu § 121 StPO) gilt auch für die Ordnungshaft, so kann es geboten sein, eine Beschwerde sofort dem Beschwerdegericht vorzulegen (BGH 47, 105 = JR 02, 254 mit Anm Fohr; Schemmann NJW 02, 114; vgl. auch Böttcher NSZ 02, 146; Kühl/Heger JZ 02, 203).

11 **Rechtsbehelfe:** § 181.

18

[Vollstreckung]

179 Die Vollstreckung der vorsehend bezeichneten Ordnungsmittel hat der Vorsitzende unmittelbar zu veranlassen.

1) Die StA wirkt bei der Vollstreckung nicht mit (§ 36 II S. 2 StPO; § 88 II 1 StVollstrO). Die gerichtliche Vollstreckung ist nach § 31 III RPdG dem Rechtspfleger übertragen, soweit sie sich der Richter nicht im Einzelfall ganz oder teilweise vorbehält. Zur Vollstreckung sitzungspolizeilicher Anordnungen des Vorsitzenden durch die Justizwachmeister eingehend Kees NJW 13, 1929.

2) **Vollstreckungsverfahren:** Art 9 II EGSGB.

2

[Einzelrichter außerhalb der Sitzung]

180 Die in den §§ 176 bis 179 bezeichneten Befugnisse stehen auch einem einzelnen Richter bei der Vornahme von Amtshandlungen außerhalb der Sitzung zu.

1) **Einzelner Richter:** Der Ermittlungsrichter (§§ 162, 169 StPO), der 1 Rechtsmittelrichter (§ 157), der ersuchte und der beauftragte Richter, § 180 setzt eine einer Sitzung vergleichbare Verhandlung voraus (LR-Wickern 1), gilt also bei richterlichen Vernehmungen und richterlichem Augenschein, bei denen ein Protokoll aufgenommen wird (§§ 168, 168a StPO, wo in I, III der Ausdruck Verhandlung verwendet wird). § 164 StPO betrifft Maßnahmen gegen Störungen am Ort und Stelle; die eine Bestimmung schließt die Anwendbarkeit der anderen nicht aus (Celle MDR 55, 692; 1 zu § 164 StPO).

[Beschwerde]

181 Ist in den Fällen der §§ 178, 180 ein Ordnungsmittel festgesetzt, so kann gegen die Entscheidung binnen der Frist von einer Woche nach ihrer Bekanntmachung Beschwerde eingelegt werden, sofern sie nicht von dem Bundesgerichtshof oder einem Oberlandesgericht getroffen ist.

1) Die Beschwerde hat in dem Falle des § 178 keine aufschiebende Wirkung, in dem Falle des § 180 aufschiebende Wirkung.

2) Über die Beschwerde entscheidet das Oberlandesgericht.

1) **Frist von einer Woche:** Es handelt sich nach ganz hM (vgl. Schemmann NJW 02, 112) um eine sofortige Beschwerde (§ 311 StPO), die nur deshalb nicht als solche bezeichnet ist, weil diese Beschwerde in StPO und ZPO an verschiedene Fristen gebunden ist. Daher ist eine Abänderung des Beschlusses durch die untere Instanz ausgeschlossen (LR-Wickern 2, 3); jedoch gilt § 311 III S. 2 StPO. Erklärt der Betroffene alsbald nach der Verkündung des Beschlusses, dass er Beschwerde einlege, so wird diese Erklärung nicht protokolliert, da § 306 StPO gilt. Wenn sie aber mit Wissen und Willen des Beschwerdeführers protokolliert wird, ist sie wirksam eingelegt (Koblenz VRS 61, 356; 72, 189; Eiml 137). Die Einlegung der Be-